



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

26. August 2022

**Demo in Rostock +++ Halbzeitbilanz +++ Coronafolgen in der Schule +++ 9-Euro-Ticket +++ Straßenbahn als Alternative
+++ Straßenumbenennungen +++ NSU-Komplex in Hamburg +++ Der Reichtum der Oligarchen +++ 2 Ausstellungen**



Von Grün-Rot zurzeit auf Eis gelegt (Foto: H. Plass)



(Quelle: NachDenkSeiten vom 20.7.2022, www.nachdenkseiten.de/?p=86057)

Liebe Leserinnen und Leser,

Obwohl jeden Tag Menschen infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine sterben, rücken die Ereignisse allmählich – in der Tagespresse buchstäblich – etwas nach hinten. Was aber die bellizistische „taz“ nicht davon abhält, regelmäßig einen Udo Knapp zu Wort kommen zu lassen, dessen Kommentare wie Drohnen wirken. So empfahl er doch Mitte Juli en passant, es wäre das Beste, wenn „der Westen ... sich dazu durchringen würde, mit eigenen Bodentruppen an der Seite der ukrainischen Armee die völkerrechtswidrig eingedrungenen Armeen Putins hinter die Grenzen zurückzutreiben.“¹ Wir können nur hoffen – und uns dafür stark machen –, dass ein solcher Irrsinn die gebührende Antwort bekommt, auch von den taz-Leser:innen.

¹ taz, online vom 18.7.2022, www.taz.de/Russlands-Angriffskrieg/!5869072/.

Auf die Titelseiten der Zeitung haben es in den letzten Wochen dagegen die (un-)mittelbaren Auswirkungen des Krieges und der durchaus widersprüchlichen Sanktionsmaßnahmen² „geschafft“. Dazu gibt es aber auch allen Anlass: Die Explosion der Lebensmittelpreise – z. B. sind die Preise für Speiseöle im Juni 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 85,3%, für Weizenmehl um 49,6% und für Schweinehackfleisch um 34,3% angestiegen³ – und erst recht die der Energiepreise, die

² Dazu empfehlen wir die Lektüre eines Artikels in der „Berliner Zeitung“ (online vom 14.7.2022) von Antje Vollmer, die Zweifel an der Sanktionspolitik äußert und realpolitisch dafür plädiert, „den fahrenden Zug Richtung Eskalation anzuhalten, nachzudenken und wieder ins Gespräch zu kommen“. Siehe im Netz unter www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/zweifel-an-der-sanktionspolitik-gegen-russland-wo-sind-die-realos-geblieben-li.246202.

³ Hamburger Abendblatt, online vom 2.8.2022, <https://www.abendblatt.de>.

im Juli 2022 im Durchschnitt um schier unglaubliche 105,0% höher ausgefallen waren als ein Jahr zuvor.⁴ Aber machen wir uns nichts vor, die Armutsentwicklung hat lange vor dem Ukrainekrieg eingesetzt, wobei das Armutsrisiko gerade in Hamburg auch noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag und liegt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband meldete nach Auswertung aller Daten, dass es seit 1990 noch niemals so viel Armut gegeben habe wie 2021; 13,8 Mio. Menschen (= 16,6% von 83 Millionen Einwohner:innen) seien davon im vergangenen Jahr betroffen gewesen.⁵ Besonders hart entwickelt sich die Armutsquote unter Rentner:innen, sie hat sich von 2006 bis 2021 nahezu verdreifacht und ist auf 19,0% angewachsen.⁶ Und seit Jahresbeginn hat sich die Lage noch einmal drastisch verschärft. Die Tafeln melden einen um 50% gewachsenen Andrang, zwei Mio. Menschen sind inzwischen auf deren Versorgung angewiesen. Doch jede dritte Einrichtung musste ob der erhöhten Nachfrage inzwischen einen Aufnahmestopp verhängen.⁷

blatt.de/wirtschaft/article236047603/preise-explosion-lebensmittel-hamburg-supermarkt-haendler.html.

⁴ Destatis-Pressemitteilung vom 19.8.2022, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_353_61241.html.

⁵ NDR-Pressemitteilung vom 29.6.2022, www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Paritaetischer-Armut-in-Deutschland-auf-Hoehchststand-MV-gegen-Trend,armutsbericht184.html.

⁶ NDR-Pressemitteilung vom 29.6.2022, www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Armutrisiko-liegt-in-Hamburg-ueber-dem-Bundesdurchschnitt,armut340.html.

⁷ <https://perspektive-online.net/2022/07/tafeln-2-millionen-menschen-muessen-zur-lebensmittelpende-so-viele-wie-nie-zuvor/>.

DIE LINKE bundesweit, aber natürlich auch in Hamburg wird die drohende soziale Verelendung einer großen Anzahl von Menschen nicht hinnehmen, wir werden der unsozialen Gasumlage ebenso entgegenzutreten wie den Steuerplänen eines Herrn Lindner der oberen Zehntausend. Unsere besondere Aufgabe als Linksfraktion wird es dabei sein, alle möglichen Beiträge zu liefern, Hebel zu bedienen, Anfragen zu stellen und Anträge einzureichen, um dem sozialen Protest, dem sich anbahnenden „heißen Herbst“, auch auf parlamentarischer Ebene Ausdruck zu verleihen. Ein Schwerpunkt wird dabei die Debatte um den Haushaltsplanentwurf 2023/2024 sein, die wir in den kommenden Wochen intensiver vorbereiten werden, auch im Dialog mit den verschiedenen Initiativen, Einrichtungen und Verbänden in dieser Stadt. Und für die nächsten Tage freuen wir uns schon mal auf diese Aktionen:

- Freitag, 26. August, 16.00 Uhr, Jungfernstieg: Demonstration des Bündnisses 9-Euro-Ticket forever!
 - Samstag, 27. August, 13.00 Uhr, Hauptbahnhof/Ausgang Wandelhalle: Demonstration des Bezirkssenioresenbeirats Hamburg-Mitte für eine gerechte Vergabe der Energiepauuschale auch an Senior:innen
 - Donnerstag, 1. September, 16.00 Uhr, Gewerkschaftshaus: Kundgebung des DGB zum Anti-Kriegs-Tag
- So kann, so muss es weitergehen!

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Michael Joho und Hanno Plass



Um die absehbaren sozialen Auseinandersetzungen gut gewappnet mitgestalten zu können, lädt DIE LINKE zu einer Reihe von Online-Bildungsveranstaltungen ein. Hier nur die wichtigsten Termine – mehr unter www.die-linke.de/bildungsoffensive-fuer-den-heissen-herbst/:

- Dienstag, **23. August**, 20.00 Uhr:
Verflixte Teuerung! Wie kommt Inflation zustande?
- Mittwoch, **31. August**, 18.00 Uhr:
Auf geht's in den heißen Herbst! Aktions-Zoom
- Dienstag, **13. September**, 18.00 Uhr:
Argumentationstraining für einen heißen Herbst

»Erinnern heißt verändern«

Demonstration in Rostock am 27. August

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts ruft zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration »Erinnern heißt verändern – 30 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen« am 27. August in Rostock auf. Die LINKE Hamburg unterstützt die Demonstration. Für Interessierte gibt es die Möglichkeit der An- und Abreise mit Bussen (siehe unten). Der Aufruf des bundesweiten Bündnisses findet sich im Netz unter <https://gedenken-lichtenhagen.de>. Hier der Hamburger Aufruf:

30 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen

Im August jährt sich zum 30. Mal der Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Aus diesem Anlass ruft ein großes und vielfältiges Rostocker Bündnis für den 27. August zu einer bundesweiten Demonstration in Rostock-Lichtenhagen auf. In Hamburg hat sich auf Einladung des Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) ein Bündnis gebildet, um zu dieser Demonstration zu mobilisieren und eine gemeinsame Busanreise zu organisieren.



Die furchtbaren Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen waren geprägt durch eine stillschweigende Kumpanei von Rechtskonservativen, Sicherheitsbehörden, organisierten Neonazis und einem entfesselten Mob aus biedereren Bürger:innen. Die Polizei war tagelang nur mit geringen Kräften vor Ort und zog sich auf dem Höhepunkt sogar teilweise zurück. In zynischer Umkehr von Opfern und Tätern diente Monate später u. a. das Pogrom von Rostock als Rechtfertigung, das Asylrecht fast vollständig zu demontieren. Unter den bekannten Nazikadern aus der ganzen Republik, die spätestens am zweiten Tag nach Lichtenhagen kamen, war auch der Hamburger Christian Worch, der aus seinem Auto heraus per Funkgerät die Angriffe auf das »Sonnenblumenhaus« steuerte.

Aber auch aus Hamburg gab es damals Widerstand gegen die rassistische Mobilisierung, Menschen fuhren nach Rostock und beteiligten sich an der »Verteidigung« des Sonnenblumenhauses. Hieran wollen wir anknüpfen und fahren gemein-



Vietnamesische Näherinnen in der DDR 1990 (Quelle: Wiki Commons)

sam zur Demo in Rostock-Lichtenhagen, denn: Erinnern heißt verändern! Mehr unter: www.keine-stimme-den-nazis.org/.

Gemeinsame Busanreise aus Hamburg:

27. August, 9.30 Uhr, ab Bahnhof Sternschanze, Busparkplatz

Busfahrkarten gibt es in der Buchhandlung im Schanzenviertel, der Büchergilde Gutenberg im Gewerkschaftshaus, dem Schwarzmarkt, bei der VVN und im Infoladen Wilhelmsburg. Um es allen Menschen zu ermöglichen mit nach Rostock zu fahren, staffeln wir den Fahrpreis von 5 bis 35 Euro und bitten alle Mitfahrer:innen um solidarische Selbstzuschätzung.

Ein besseres Leben. Für Alle.

Linksfraktion zieht Halbjahresbilanz

Rund zweieinhalb Jahre liegt die letzte Bürgerschaftswahl zurück, ein guter Anlass für die Linksfraktion, Halbjahresbilanz zu ziehen. Auf der Pressekonferenz zu ihrer Vorstellung am 7. Juli im Rathaus führte Sabine Boeddinghaus, die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft, u. a. dies aus: »Vieles war ganz anders in dieser Zeit: Über allem standen die Pandemie und ihre Folgen. Doch manches blieb auch unverändert: etwa die Arroganz der regierenden Sozialdemokrat:innen und ihr abgehobener Regierungsstil. Die Corona-Maßnahmen des Senats haben die soziale Spaltung in unserer Stadt noch weiter verschärft und das unsinnige Beharren auf dem Fortbestand der Schuldenbremse liefert jede Menge Sprengstoff.« Dazu David Stoop, der Fraktionsvize der LINKEN: »Hamburg hat auf so vielen Feldern versagt: Das »Bündnis für das Wohnen« ist krachend gescheitert und die Mieten steigen immer weiter. Und auch Hamburgs soziale Infrastruktur pfeift aus dem letzten Loch, während der Bürgermeister mit Privatbankern herum klüngelt, wie unsere Fragen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss »Cum-Ex« zeigen. Das ist für uns der Knackpunkt in den anstehenden Haushaltsberatungen: Wir lehnen die rot-grüne Kürzungspolitik ab, kämpfen für einen Haushalt zugunsten der weniger Lauten und Sichtbaren und für Investitionen in die soziale und ökologische Wende.« Wir haben uns entschlossen, den einleitenden Teil des Bilanzpapiers im »Bürger:innenbrief« aufzunehmen. Darüber lässt sich ein Eindruck von den Schwerpunkten und Leitlinien der Fraktionsarbeit gewinnen.

Ein besseres Leben für Alle

Es waren Monate und Jahre im Zeichen der Pandemie: Corona hatte die Stadt fest im Griff und bestimmte auch die Inhalte der LINKEN in der Bürgerschaft: Wie muss ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Virus aussehen, wie können die Folgen des andauernden Ausnahmezustands aufgefangen werden ohne bleibende soziale Schäden in einer Stadt, die vorher schon von zunehmender Armut und sozialer Spaltung bestimmt war? Die Linksfraktion hat sich hier mit einer Vielzahl von Vorschlägen eingebracht.

Die Wahl vom 23. Februar brachte der Hamburgischen Bürgerschaft eine rot-grüne Zweidrittelmehrheit. Pandemiebedingt erst vier Monate nach der Wahl legten SPD und Grüne im Juni 2020 ihren Koalitionsvertrag vor und stellten ihn in der Bürgerschaft zur Diskussion.

Die zentrale Kritik der LINKEN war und ist hier der grundsätzliche Finanzierungsvorbehalt, unter den nahezu alle Maßnahmen gestellt wurden. Begründet wurde dies mit den Corona-Milliarden – Hintergrund ist aber vor allem die unverantwortliche Schuldenbremse, die ab 2023 wieder greifen soll. Unvermeidliche Folge: Notwendige Investitionen in die Bekämpfung der Armut, in gute Arbeit, eine gute Gesundheitsversorgung für alle, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und eben auch eine sozial-ökologische Transformation



(Foto: M. Joho)

bleiben aus. Wir haben von Anfang davor gewarnt, dass dies Sprengstoff für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft birgt und das Fundament einer lebendigen Demokratie untergräbt. DIE LINKE will eine gerechte Stadt – während der Pandemie genau wie nach der Pandemie: Das Geld ist da, der Reichtum ist in der Hand einiger weniger und er muss umverteilt werden: Wir fordern eine einmalige Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Zweieinhalb Jahre unter Corona

Praktisch die ganze bisherige Legislaturperiode stand unter dem Eindruck von Corona. Von Anfang an haben wir viele Maßnahmen des Senats zur Bekämpfung der Pandemie konstruktiv unterstützt. Forderten aber zugleich Transparenz, Beteiligung, Mitsprache und eine ernstzunehmende Debatte außer- und innerhalb des Parlaments über getroffene Maßnahmen. Denn das hat Rot-Grün von Anfang an vermässelt: Der Senat regierte isoliert und ohne Rücksprache mit gesellschaftlichen Gruppen, verkündete getroffene Maßnahmen allwöchentlich auf Pressekonferenzen und ließ bereits geltende Maßnahmen nachträglich und eher nebenbei in der Bürgerschaft und ihren Ausschüssen debattieren. Dass das nicht reicht und ganze Bevölkerungsgruppen dabei aus dem Blick



(Foto: M. Joho)

gerieten, haben wir schon sehr früh kritisiert. Unser Vorschlag: ein Corona-Rat, in dem der Senat sich regelmäßig mit Parteien, Verbänden und der Zivilgesellschaft zusammensetzt und gemeinsam Lösungen findet.

Rot-Grün hat dies verweigert und die Anträge der demokratischen Oppositionsparteien allesamt abgelehnt. Dies war und blieb ein schwerer Fehler – es hätte so vieles zu besprechen gegeben. Die Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Pandemie auf das gesellschaftliche Leben waren dramatisch: Viele Betriebe, Gewerbetreibende, Kulturschaffende und Soloselbständige gerieten in Existenznot, Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte, Pädagog:innen und Erzieher:innen an ihre Belastungsgrenze, Ärzteschaft und Pflegepersonal waren überfordert – und dazu kam der enorme Zoll, den Corona auch in Hamburg forderte: Die Zahl der Verstorbenen ist bedrückend hoch. Corona legte eine ganze Reihe schwerer politischer Fehler offen, unter denen unsere Gesellschaft seit langen Jahren leidet: etwa die Kürzungen im öffentlichen Gesundheitsdienst, die Fallpauschalen in den Krankenhäusern und die soziale Spaltung in Bildung, Ausbildung und der Gesundheitsversorgung.

Alternative Haushaltspolitik

Und natürlich ging es auch ums Geld: Erst hatten sich die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2021/22 verschoben wegen der verspäteten Einsetzung des Senates, dann

standen sie unter dem Eindruck der Corona-Folgen und der hohen finanziellen Aufwendungen, die in vielen Bereichen nötig waren. Haushaltsberatungen finden in der Öffentlichkeit und auch in den Medien oft wenig Resonanz, doch gehen diese Themen ans Eingemachte für unsere Stadt.

Und hier hatten wir als Linksfraktion dann auch den größten und entscheidenden Dissens mit dem Senat: Unsere politischen Forderungen basieren auf einer völlig anderen und viel verantwortungsvolleren Finanz- und Steuerpolitik:

- wir wollen den Reichtum von Oben nach Unten verteilen
- wir wollen die Vermögenssteuer wieder auflegen, die für Hamburg allein jährlich rund 1,5 Milliarden Euro erbringen würde
- wir fordern eine einmalige Vermögensabgabe zur Kompensation der enormen Corona-Belastungen. Und deren Tilgung obliegt dann selbstverständlich und in allererster Linie den Reichen und Superreichen, die oft in der Pandemie ihr Vermögen deutlich steigern konnten.

Der Knackpunkt ist die Schuldenbremse: Zwar wurde sie wegen Corona vorübergehend ausgesetzt, doch alle anderen Bürgerschaftsfraktionen außer den LINKEN wollen sie so schnell wie möglich wieder einsetzen. Die Folgen für unsere Stadt werden dramatisch sein und den sozialen Frieden weiter untergraben. DIE LINKE hat sich stets gegen diese Kürzungspolitik gewendet. Und wird auch in Zukunft die Festschreibung der Schuldenbremse im Grundgesetz und in der Hamburger Verfassung entschieden und konsequent bekämpfen.

Unser Fazit nach zweieinhalb Jahren: Die Regierungsfraktionen reden oft schön. Aber sie handeln nicht. Das ist mutlos und unverantwortlich vor dem Hintergrund der bestehenden Herausforderungen. SPD und Grüne definieren die Bedarfe der Stadt nach dem Deckel, den sie selbst ohne Not auf den Haushaltstopf gelegt haben. Damit wird Hamburg in Zukunft noch weniger in der Lage sein, der Bildungsungerechtigkeit entschieden entgegenzutreten, die Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, allen Kindern und Jugendlichen bestmögliche Chancen zu eröffnen, Arbeit gut und gerecht zu entlohnen, den Älteren eine Rente in Würde zu sichern, eine gute und verlässliche Gesundheitsversorgung für Alle in öffentlicher Hand zu sichern, allen, die sie brauchen, eine leistbare Wohnung zur Verfügung zu stellen, die für das Klima bitternotige Mobilitäts- und Verkehrswende einzuleiten und das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Ganz klar: Dies sind die wirklichen Probleme, vor denen die Stadt steht, hier wollen wir als Linksfraktion ansetzen, eine neue Politik einfordern und das bessere Leben ermöglichen – für wirklich alle.

Rot-Grün will das nicht – und ändert deshalb auch nichts an der bisherigen Politik. Damit wird dann der nächste Doppelhaushalt 2023/2024 für uns ein ganz entscheidendes Thema der Auseinandersetzung werden: Wir wollen einen Haushalt zugunsten der Benachteiligten, der weniger Lauten und Sichtbaren und damit zugunsten der sozialen Gerechtigkeit. Für uns gehören der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft, der Ausbau der sozialen Infrastruktur und der Stärkung und Absicherung aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zwingend zusammen.

Für eine soziale Wohnungspolitik

Olaf Scholz hat seinen Bundestagswahlkampf 2021 unter Verweis auf seine vermeintlich erfolgreiche Regierungszeit in Hamburg geführt. Dies wurde in der Öffentlichkeit nur sehr selten hinterfragt. Doch es war Unsinn. Ein Beweis ist die Wohnungspolitik: Niemand bestreitet ernsthaft, dass der soziale Wohnungsbau im ganzen Land massiv verstärkt werden muss. Scholz verweist hier auf das Hamburger Konzept eines Zweidrittelmixes, den er gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen im »Bündnis für das Wohnen« entwickelt hatte. Doch dieses vermeintlich bahnbrechende Hamburger Konzept ist längst gescheitert – mit dramatischen Folgen für alle Hamburger:innen: Immer weiter steigende Mieten und immer weniger bezahlbare Wohnungen sind der »Erfolg« der SPD-Politik. Die Linksfraktion hatte diesen Ansatz von Anfang an kritisiert und das Versagen detailliert belegt.

Und auch die gründlich missratene Olympiabewerbung und der völlig aus dem Ruder gelaufene G20-Gipfel zeigen: Scholz' Ideen haben der Stadt nie gutgetan. Seine Unfähigkeit zur Kommunikation und zur Teamarbeit in der Koalition, aber auch mit der Opposition und der Zivilgesellschaft sind mittlerweile legendär und zeigen sich nun auch sehr deutlich in seiner Amtsführung als Bundeskanzler. Dazu kommt seine notorische Gedächtnisschwäche: Warum die Stadt auf die Rückforderung der Warburg-Millionen verzichten wollte – also die Beute eines beispiellosen Steuerraubs dieser Hamburger Privatbank – und welche Rolle der damalige Bürgermeister Olaf Scholz und der heutige Bürgermeister Peter Tschentscher bei den unsäglichen Entscheidungen des Hamburger Fiskus spielten: Das ist Thema eines Untersuchungsausschusses, den die Linksfraktion gemeinsam mit der CDU eingesetzt hat und in dem wir immer wieder mit hartnäckigen Anfragen die Ermittlungen vorantreiben, während Scholz sich nicht mehr erinnern kann. Oder mag.

All das zeigt: Hamburg kann und darf nicht als Vorbild für eine sozial gerechte Politik auf Bundesebene dienen – weil die Rezepte der Hamburger Sozialdemokrat:innen nicht taugen als Erfolgsgeschichte. Unter der SPD pfeift Hamburgs soziale Infrastruktur und Wohnungspolitik aus dem letzten Loch – während der Bürgermeister im Hinterzimmer mit dem Geldadel der Stadt herum klüngelt.

Wir setzen dem eine völlig andere Politik entgegen. Und wir haben uns vielfältig eingebracht. Konstruktiv, wo es die Pandemie erforderte. Radikal, wo der Senat den Zusammen-



Bundesbauministerin Klara Geywitz und der Gegenprotest im Pergolenviertel (Foto: M. Joho)

halt in unserer Stadt gefährdet. Und wir haben unsere Vorschläge zuvor intensiv mit Verbänden und den Handelnden der Zivilgesellschaft abgestimmt: Eine kluge LINKE Politik geht nur mit den Menschen – auch in der zweiten Hälfte der Legislatur werden wir nicht lockerlassen, werden von Rot-Grün eine soziale und klimagerechte Politik einfordern.

Kleine Auswahl linker Vorschläge

So setzen wir der völlig überfeuerten und klimaschädlichen U5 die weitaus umweltfreundlichere, preiswertere und schneller zu realisierende Stadtbahn entgegen. Zur Aufarbeitung der Pandemie und ihrer Folgen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen wollen wir eine Enquetekommission einsetzen – und so auch für künftige Pandemien Lehren für unsere Stadt ziehen. Wir ringen um mehr Bildungsgerechtigkeit, gerade vor dem Hintergrund der massiven Folgen der Pandemie für die jungen Menschen, die noch Jahre nachwirken werden. Daher fordern wir für die weiterführenden Schulen ein zusätzliches Lernjahr: Gymnasien, die sich im Rahmen eines Schulversuches verpflichten, auf das Abschulen nach Klasse 6 zu verzichten, erhalten ein zusätzliches Lernjahr (G9) und mehr personelle und materielle Ressourcen, ebenso wie Stadtteilschulen, die Jahrgangübergreifende Lerngruppen einrichten (G10). Und wir fordern eine KiJuKarte für alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre: Sie sollen sowohl kostenlos an Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten teilnehmen, als auch die Angebote des ÖPNV nutzen können. Für ein besseres Leben, für alle.

Wer sich für grundlegende Einschätzungen von Partei- und Fraktionsvertreter:innen interessiert, schaut mal bei den beliebten »Sommerinterviews« rein. Die hiesige Fraktionsvorsitzende **Sabine Boeddinghaus** hat eines dem »Hamburger Abendblatt« gegeben, das dort am 22. Juli abgedruckt wurde. Den Text gibt es hier: www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article235957313/interview-linke-fraktionschefin-sabine-boeddinghaus-partei-opposition.html.

Martin Schirdewan, der neue Co-Vorsitzende der LINKEN auf Bundesebene, hat dem ARD am 7. August Rede und Antwort gestanden. Das sehenswerte, halbstündige Gespräch findet sich im Netz unter www.youtube.com/watch?v=8TXyD1MQNNI.

Coronafolgen in der Schule – wie auffangen?

Durch ein zusätzliches Lernjahr an Gymnasium und Stadtteilschulen!

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Die Auswirkungen der Schulschließungen sind für die Kinder und Jugendlichen dramatisch, emotional gesundheitlich aber auch hinsichtlich der Lernleistungen.

Die LINKE hat immer gefordert, offeneschulische Konzepte zu schaffen, andere Lernorte als das Klassenzimmer zu nutzen und den Unterricht zu entzerren, damit zum einen Beschulung und Betreuung gewährleistet und zum anderen die Gesundheit – der Schüler:innen, der Lehrkräfte und der anderen schulischen Angestellten – geschützt bleiben. Damit waren wir im Einklang mit den Empfehlungen der bildungs- und gesundheitspolitischen Fachleute. Was heißen soll: Unsere Vorschläge waren keine Kopfgeburt aus einem linken Wolkenkuckucksheim, sondern in der Wirklichkeit fundiert.

Doch nichts dergleichen ist in der Hamburger Schulpolitik geschehen, einer Politik, die aufgrund ihrer Halsstarrigkeit, Unterricht »wie gewohnt« unter Coronabedingungen zu simulieren versuchte, die Schulschließungen in Kauf genommen hat.

Die Auswirkungen eben dieser Politik auf die Kinder und Jugendlichen sind drastisch. Die Copsy-Studie des UKE¹ kann auch in der dritten Befragungsrunde nicht mit Befunden aufwarten, die Anlass zum Aufatmen geben. Danach sind die Kinder und Jugendlichen weiterhin hochgradig emotional und psychisch belastet. Auch hier stellt das UKE fest, dass ökonomisch benachteiligte Familien »besonders betroffen« sind. Die Belastungen haben sich »auf hohem Niveau stabilisiert«. Die Auswirkungen der Coronapandemie und der Eindämmungspolitik werden durch die sozioökonomische Ungleichheit verstärkt. Es ist kaum anzunehmen, dass sich mit dem Auslaufen der Sondermittel des Bundes Ende 2022 daran etwas geändert haben wird. Die immensen und massiven Folgen der Pandemie auf die physische wie psychische Gesundheit der Schüler:innen werden noch Jahre nachwirken.



Impressionen aus dem Frühjahr 2020 (beide Fotos: M. Joho)

¹ UKE - Child Public Health - COPSYP-Studie, COPSYP-Studie 3: Kinder und Jugendliche weiter psychisch belastet (aerzteblatt.de).



(Bild: © Pixaby)

In der aktuellen Kermit-Erhebung (2021) kommt die Arbeitsgruppe zu dem einhelligen Schluss, dass es an den Schulen mit niedrigem Sozialindex deutliche Lernrückstände gibt.² Sie führt die schwächeren Testergebnisse nicht nur auf einen geringeren Lernfortschritt zurück. In Betracht kommen könnte auch – es wird aber nicht abgefragt – (neben der Testmotivation) die psychische Belastungssituation der Schüler:innen. Die additiven Angebote sind wie Nachhilfe vor einer Arbeit, nur, dass sie diesmal von den Schulen organisiert werden und den Kindern und Jugendlichen noch die Ferien nehmen.

Weiterhin zeigt sich deutlich, dass die kurzfristigen Maßnahmen aus Bundesmitteln, das Programm »Aufholen nach Corona«, keinerlei Erfolge vorweisen können, auch nicht in Hamburg. Das hat Gründe. Denn die schulischen und die psychischen Belastungen sind mit dem bunten Strauß ausschließlich additiver Maßnahmen – d. h., sie werden dem Schulalltag zugeschlagen und nicht in diesen integriert – aus dem zeitlich und finanziell begrenzten Bundesprogramm »Aufholen nach Corona« bei weitem nicht zu kompensieren, geschweige denn, dass verloren gegangene Zeit damit aufgeholt werden könnte. Die Maßnahmen sind qua definitionem additiv. Sie werden an einen schulischen Alltag gehängt, der sowieso schon in Bildungsfragen ungerecht ist und die gesellschaftliche Spaltung reproduziert. Es sind keine Maßnahmen, die geeignet sind für das Alltagsleben der Kinder und Jugendlichen an ihrem hauptsächlichen Aufenthaltsort, den Schulen. Diese müssen in sich dazu befähigt werden, den Bedürfnissen, den Lernständen und Lerngeschwindigkeiten der Schüler:innen zu begegnen.

Zudem nur eine Minderzahl an Schüler:innen mit den additiven Maßnahmen erreicht wird und die Qualität dieser Maßnahmen sowie der langfristige Erfolg gar nicht nach-

² www.hamburg.de/contentblob/15935050/19a8ab3b185aa080dc-c894322563776f/data/ergebnisbericht-kermit.pdf.



haltig sein dürften. Sichtbar ist auch hier, dass dieses Programm kaum genutzt wird, wie bei den Lernferien, einem Kernstück des Programms. Durchschnittlich 27 Schüler:innen pro Schule nahmen zuletzt daran teil.³ Die Behauptung der Schulbehörde, es seien »verbesserte Lernleistungen« und »pädagogische Erfolge« der Fördermaßnahmen zu erkennen, steht im schroffen Gegensatz zu den behördeneigenen Erkenntnissen und Erhebungsergebnissen (z. B. Kermit* Untersuchungen).

Dabei ist doch klar, dass jede Klassenstufe, von Klasse 1 bis Klasse 13, von den Schulschließungen betroffen ist, und dieser Knick trägt sich Jahr um Jahr fort, da auch die Kitas und Vorschulen betroffen gewesen sind. Das bedeutet, dass die Folgen auf Jahre hin andauern werden.

Der Schulsenator hat keinerlei Vorschläge, dieser Lage angemessen zu begegnen. Seine Marschrichtung heißt: büffeln, büffeln, büffeln. Das Kernstück aller zusammengestückelten Maßnahmen heißt Lernferien und ist Nachhilfe in den Ferien. Im dritten Jahr gibt es sie und sie sind ein ziemlicher Flop. Auch wenn es in Einzelfällen hilfreich sein mag, die Ferienzeit mit Nachlernen zu verbringen – in der Breite wirkt das nicht.

³ Anfrage zur Lernferien-Bilanz, Bürgerschafts-Drucksache 22/8090 vom 3.5.2022, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/79726/lernferien_bilanz_april_2022_nachfragen.pdf.

Der von der Behörde eingeschlagene Weg ist kein Naturgesetz. Er folgt einer Haltung, die im Kern auf einer fachlich-didaktisch überholten und politisch reaktionären Basis beruht. Jüngst sichtbar in einem mit dem Schulsenator geführten Interview, der meinte, die Schüler:innen müssten »üben, üben, üben« um ihre Leistungen zu zeigen (»BILD Hamburg«, vom 8.7.2022).

Dabei trägt sich der Bildungseinschnitt der Schüler:innen weiter und kann nicht allein durch mehr Auswendig-Lernen, mehr Büffeln für den Test oder den zeitlichen Ablauf von Schuljahren behoben werden. Unmittelbar werden vielmehr einzelne Effekte sichtbar sein, wie Klassenwiederholungen, Wiederholungen von Abschlüssen und vorbereitenden Kursen, die allesamt die Schul- und Bildungszeit verlängern. Diese jeweiligen Mittel haben den großen Nachteil, dass sie mit der Erfahrung des Scheiterns verbunden sind, daher die Lernmotivation senken. Außerdem sind sie nicht pädagogisch begleitet und systematisch. Denn die Einschnitte durch Corona betreffen die breite Mehrheit der jetzigen und künftigen Schüler:innen.

Eine Antwort hingegen, die angemessen sein könnte, wäre es, die Schulzeit an beiden Schulformen in Hamburg, an Stadtteilschule (STS) und Gymnasien, um ein Jahr zu verlängern. Dies würde bedeuten, dass Gymnasien nach neun statt



(Foto: H. Plass)

wie bisher acht Jahren, STS in zehn statt neun Jahren zum Abitur führen. Daran gekoppelt wären zwei Bedingungen.

Gymnasien schulen ihre Schüler:innen nicht mehr nach Klasse 6 ab. Alle Schüler:innen, die in Klasse 6 auf einer Schule beginnen, bleiben auf ihr und werden bestmöglich gefördert.⁴ Dafür werden den Gymnasien natürlich auch die personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung gestellt. STS verpflichten sich, ihre Unterrichtsorganisation jahrgangsübergreifend zu gestalten. Daraus würde folgen, dass die bekannte und bewährte Binnendifferenzierung – das gemeinsame Lernen von Schüler:innen unterschiedlicher Lernniveaus in einem Klassen- bzw. Stufenverbund – auch in die Vertikalität der Klassenstufen ausgeweitet würde. Diese Vorschläge beruhen auf Erfahrungen und Veränderungen, die die zwei Jahre Corona-Ausnahme doch möglich gemacht haben.

Zum einen wurden deutlich weniger Schüler:innen abgeschult als üblich. Diese müssen sogar in den bestehenden Gymnasien ohne weitere Ressourcen beschult werden. Die Schulleitungen beider Schulformen drängen im Zusammenhang der Auseinandersetzung um die Bildungspläne darauf, den negativen Auswirkungen der Coronapandemie bei den Schüler:innen nachhaltig und wirksam zu begegnen.

Die LINKE ist bestrebt, Schulen zu finden, die sich mittels Schulversuchs dieser Verlängerung der Lernzeiten widmen wollen. Außerdem soll nach den Sommerferien ein entsprechender Antrag in die Bürgerschaft eingebracht werden, um das Thema dort (und im Schulausschuss, sofern Rot-Grün den Antrag überweist) überhaupt zur Sprache bringen zu können.

Auf diesem Weg erhielten die Kinder und Jugendlichen die Chance, Versäumtes in Ruhe nachzuholen, ihre sozialen

Beziehungen aufzubauen und zu festigen und damit die Voraussetzungen für nachhaltiges Lernen in ihrem eigenen Takt zu schaffen. Die Hamburger Elternkammer forderte dafür unlängst sogar die Verlängerung des laufenden Schuljahres.⁵

Weiterhin würde solch eine Verlängerung der Lernzeit helfen, zumindest an einzelnen Schulen, die soziale Dimension der Auswirkungen der Coronapandemie für Schüler:innen anzugehen. Unübersehbar ist die Klassenspaltung, auch in der Bildung unter Corona, und die sich darin negativ verstärkenden Effekte der staatlichen Maßnahmen.⁶ Um es deutlich zu sagen: Die Einführung eines zusätzlichen Lernjahres würde ein Beitrag zu einer größeren Gerechtigkeit im zweigeteilten Bildungssystem bedeuten.

Im Übrigen würde ein solcher Effekt der Schulzeitverlängerung auch die Arbeitsbelastung und den enormen Stress der Lehrkräfte spürbar verringern, mit der Folge einer entspannteren Arbeitssituation und gleichzeitig steigender Aufmerksamkeit für die Schüler:innen. Die Fokussierung auf messbare Leistungsnachweise, besonders im nationalen wie internationalen Vergleich, die über die Qualität des Bildungswesens Aussagen treffen sollen, ist kontraproduktiv. Maßgabe für die Erfolgsmessung kann allein der individuelle Lernzuwachs sein. Um diesen zu befördern, bedarf es gerade jetzt mehr Zeit, mehr Bindung und weniger Leistungsdruck und Schulstress. Die Umsetzung eines längeren Lernjahres kann unserer Ansicht nur ein Gewinn sein.

⁴ Natürlich wird es weiterhin Schulwechsel geben, doch der Verweis aufgrund von Leistungen in Klasse 6, die angeblich hinreichend Auskunft gäben, ob der:die Schüler:in das Abitur schafft, gibt es nicht mehr.

⁵ Gebt den Kindern das Schuljahr zurück! | Elternkammer Hamburg (elternkammer-hamburg.de)

⁶ Michael Klundt, Soziale Spaltung und Corona-Kapitalismus | Springer-Link.

Indexmieten:

Nicht herumdoktern, sondern abschaffen!

So ist eine **Pressemitteilung** der Linksfraktion vom 19. August überschrieben:

»Indexmietverträge sorgen für erhebliche Zusatzgewinne bei den Vermieter:innen und werden deshalb immer häufiger als einzige Möglichkeit für die Anmietung einer Wohnung angeboten. Nach Schätzungen des Mietervereins zu Hamburg sind schon fast 50 Prozent der Neuvermietungen in Hamburg indexiert. Doch in Zeiten hoher Inflation sind sie für viele Mieter:innen kaum noch zu bezahlen. Deshalb fordert DIE LINKE in der kommenden Bürgerschaftssitzung am 24. August, Mieterhöhungen in laufenden Verträgen zu untersagen und für die Zukunft Indexmietverträge ganz abzuschaffen« (Drucksache 22/9068 vom 15.8.2022, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80784/indexmieten_eindaemmen.pdf). Anders SPD und GRÜNE, die es bei einer Kappungsgrenze belassen wollen. Dazu Heike Sudmann: »Ein Herumdoktern an den Indexmieten, wie es die rot-grünen Regierungsfractionen jetzt vorschlagen, reicht nicht. Wer die betroffenen Mieter:innen nachhaltig schützen will, muss Mieterhöhungen bei Indexverträgen untersagen. Für die Zukunft müssen Indexmietverträge komplett abgeschafft werden.«

Die Linksfraktion hat jetzt eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, um mehr Daten und Einschätzungen zu den offenbar boomenden Indexmietverträgen zu bekommen (Drs. 22/9074 vom 16.8.2022). Im nächsten »Bürger:innenbrief« werden wir uns dazu ausführlicher äußern.

9-Euro-Ticket: Erfolgsstory endet mit hvv-Fahrpreiserhöhungen

Von Heike Sudmann

Das 9-Euro-Ticket ist nicht nur in aller Munde, sondern auch in fast allen Taschen. Als Reaktion bzw. Kompensation auf den unsäglichen Tank-Rabatt der FDP hat der bundesweite Erfolg dieses Tickets viele überrascht. Für mich zeigt es einmal mehr, dass der Preis eben doch relevant ist, wenn ich Menschen für den Umstieg auf Bus und Bahn gewinnen will. Und wenn ich Menschen mit wenig Geld überhaupt die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ermöglichen will.

Aktuell läuft gerade eine bundesweite Unterschriftensammlung, um den Druck auf die Bundesregierung und den Bundestag zu erhöhen. Ohne finanzielle Unterstützung vom Bund können die Länder kein dauerhaftes 9-Euro-Ticket anbieten. Am 26. August um 16.00 Uhr gibt es in Hamburg hierfür auch eine Demonstration ab Jungfernstieg (www.facebook.com/9euroticket.forever/).

Und wie sieht es in Hamburg aus?

Verkehrssenator Anjes Tjarks (GRÜNE) und hvv-Geschäftsführerin Anna-Theresa Korbutt haben am 2. August eine Zwischenbilanz zum 9-Euro-Ticket vorgestellt. Neben »dem Lockmittel Preis« (O-Ton Tjarks) seien die einfache Nutzung und die enormen Verlagerungseffekte relevant. 12% der Neukund:innen seien vom Pkw umgestiegen. Umgerechnet seien dadurch 4 bis 5 Mio. Autofahrten monatlich allein im hvv-Gebiet eingespart worden, so Korbutt. Doch statt einer Verlängerung des 9-Euro-Angebots gibt es nur ein hvv-Gewinnspiel, um 999 Abos bis zum Jahresende auszugeben sowie ein Sonderangebot »ProfiTicket für Neukund:innen« zu verkünden. Ein Gewinnspiel übrighens, das Menschen ohne positive Boni-



tätsprüfung und eigenes Bankkonto ausschließt, wie der Senat in meiner Schriftlichen Kleinen bestätigte (Drs. 22/8989 vom 16.8.2022).

Gewinnspiel und Sonderangebot sollen vermutlich davon ablenken, dass die nächste Preiserhöhung im hvv vor der Tür steht. Wer nämlich geglaubt hat, dass der Erfolg des 9-Euro-Tickets und die durch Inflation und Kostenexplosion steigenden Belastungen vieler Hamburger:innen den Senat dazu bewegen, den hvv günstiger zu machen, wird vollends enttäuscht. Anjes Tjarks erklärte in der Pressekonferenz auf Nachfrage, dass es keinen Verzicht auf die mittlerweile jährliche Preiserhöhung im hvv geben werde. In der aktuellen Klimakrise, die auch durch den hohen Pkw-Verkehr forciert wird, ist das aus meiner Sicht der völlig falsche Weg. Monatlich 4 bis 5 Mio. Autofahrten weniger in Hamburg und umzu sollten Anreiz genug sein, die Preisschraube nach unten zu drehen. Wir sind zwar im Juni mit unserem Antrag, der den Verzicht auf hvv-Fahrpreiserhöhungen, die Verlängerung des 9-Euro-Tickets bis Dezember 2022 und danach das 365-Euro-Ticket beinhaltete (Drs. 22/8606 vom 15.6.2022), gescheitert, aber wir werden nicht aufgeben.

Studie der Linksfraktion belegt: Straßenbahn gute Alternative zur U5

Von Heike Sudmann

Sie ist genauso gut zu erreichen wie ein Bus, fährt aber schneller, komfortabler und preiswerter: die Straßenbahn. Obwohl sie deshalb in zahlreichen Metropolen der Welt ein Comeback feiert oder ausgebaut wird, will der Hamburger Senat lieber eine U5 bauen, die zur Bewältigung der akuten Klimakrise und für die Mobilitätswende viel zu spät kommt. Allein der 5,8 Kilometer lange Teilabschnitt der U 5 von Bramfeld zur Sengelmannstraße soll 1,84 Mrd. Euro kosten. Dafür können wir 52,77 Kilometer Straßenbahn haben, die nur 1,33 Milliarden kosten. Während die U-Bahn dort erst Anfang der 2030er-Jahre fahren kann, könnte die Straßenbahn noch in diesem Jahrzehnt unterwegs sein. Und sie ist nicht nur billiger, sondern besser.

Ein kurzer Blick zurück

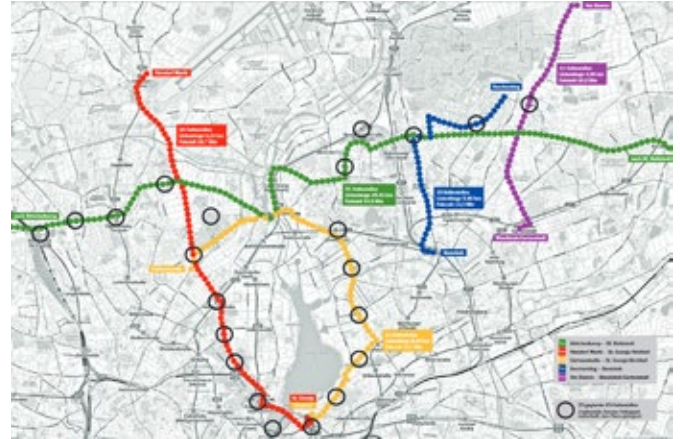
Pläne zur Anbindung der Großwohnsiedlungen Steilshoop und Osdorfer Born an das Schienennetz gibt es seit Jahrzehnten, realisiert wurden sie bisher nicht. Ende 2014 hat der Senat eine neue U-Bahnlinie, die U5, ins Spiel gebracht. Mit einem Streckenverlauf von Bramfeld über Steilshoop, City Nord, Innenstadt, Eimsbüttel, Volkspark-Arenen bis zum Osdorfer Born sollte nicht nur die langversprochene Schienenanbindung der beiden Stadtteile realisiert und mehr Menschen ein Bahnangebot gemacht werden, sondern auch die überlastete Metrobuslinie 5 zwischen Universität und Siersersplatz ersetzt werden. Die von der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Studie »U 5 in Hamburg – Alternative Straßenbahn« (www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/06/U5-Studie.pdf) untersucht, ob diese Versprechen erreicht werden können, wie hoch der Nutzen für die (neuen) Fahrgäste ist und ob die U 5-Planung alternativlos ist.

Fahrgäste gewinne ich über Haltestellen

Wer mehr Fahrgäste für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gewinnen will, muss gute Alternativen vor allem zur Nutzung des Pkw bieten. Bequeme und attraktive Verbindungen und möglichst kurze Fahrt- und Wegezeiten sind da-



Im Fraktionsbüro fährt sie schon mal (Foto: H. Sudmann)



Vorschlag für ein -erweiterungsfähiges- Straßenbahnnetz (bunte Linien) - aus der Studie »U5 in Hamburg – Alternative Stadtbahn«

für unerlässlich. Wer im wahrsten Wortsinn an den Bedarfen der vorhandenen und potenziellen Fahrgäste vorbeifährt, kann nur verlieren.

Für die geplanten Haltestellen der U 5 haben die Autoren Dieter Doege und Jens Ode akribisch die Fahrgastströme auf der Grundlage der Fahrgasterhebungen des Hamburger Verkehrsverbundes analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass die U5 weitgehend am Bedarf der Fahrgäste vorbeifahren würde und die prognostizierten Nutzungszahlen für die U 5 mehr einem Wunschdenken als der Realität entsprechen. Mit einer schnellen peripheren Querverbindung statt einer zeitraubenden und kontraproduktiven Umwegfahrt durch die Innenstadt ließen sich beispielsweise viel mehr Fahrgäste gewinnen.

Mobilitäts- und Klimawende jetzt umsetzen

Eine umweltfreundliche und nachhaltige Mobilität in Hamburg braucht einen raschen Ausbau des ÖPNV. Mit der U5 wird jedoch die zeitaufwendigste, wenig effektive und teuerste Möglichkeit gewählt. Den 23 unterirdisch gelegenen U5-Haltestellen auf einer 24 Kilometer langen Strecke stellen die Autoren ein Straßenbahnnetz mit 109 ebenerdigen, barrierefreien Haltestellen auf 53 Kilometern Länge gegenüber. Dieses Netz orientiert sich an den Fahrgastströmen, ist bis 2030 herstellbar sowie später leicht zu erweitern und kostet nur einen Bruchteil der U5-Linie.

Die Fraktion DIE LINKE leistet mit dieser Studie einen wichtigen Beitrag zur Frage, wie Hamburg die Klimaziele und die Mobilitätswende schnell erreichen kann. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. »Unzeitgemäße« Bürgermeister, die die Straßenbahn als »Stahlungetüm« bezeichnen und nicht wissen (wollen), dass in vielen deutschen und europäischen Städten Straßenbahnen neugeplant oder erweitert werden, sind nicht hilfreich. Und eine schlechte U5-Planung wird nicht dadurch besser, dass sie als alternativlos dargestellt wird.

Am **Dienstag, den 13. September, 20.00 Uhr**, lädt die »taz« zu einem **Streitgespräch über die Straßenbahn** ein. Teilnehmen werden der Staatsrat der Verkehrsbehörde, Martin Bill, der SPD-Abgeordnete Ole Buschhüter, der Busplaner und Steilshooper

Bernd-Dieter Schlange, der Autor der Studie U5-Straßenbahn, Jens Ode sowie die LINKEN-Abgeordnete Heike Sudmann.

Ort: Kulturhaus 73, Schulterblatt 73. Eintritt frei.

Tipps und Termine

An dieser Stelle wurde schon vor einigen Monaten gemeldet, dass Deutschland bereits am 4. Mai den Tag erreicht hat, an dem anteilig so viel Ressourcen verbraucht wurden, wie in einem Jahr der Globus rechnerisch reproduzieren kann. Der **globale Welterschöpfungstag** fiel in diesem Jahr auf den 28. Juli, was einerseits bedeutet, dass andere Länder erheblich weniger Verbrauch haben als nun gerade die BRD, dass aber im weltweiten Maßstab dennoch fast zwei Erden nötig wären, um diesen Ressourcenverbrauch wettzumachen. Um die Jahrtausendwende fiel der Earth Overshoot Day übrigens noch auf den 23. September. »Wir leben auf Pump«, meint Wolfgang Lührs, stellvertretender Vorsitzender des BUND Hamburg. »Wenn die Ressourcen aber verbraucht sind, die Natur uns keinen Kredit mehr gewährt, wird sie kollabieren« (www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/earth-overshoot-day-welterschoepfungstag-am-28-juli/).

Gut zu wissen ist beispielsweise, **wer eigentlich die etablierten Parteien mit reichlich Schotter versorgt**, damit die Dinge aber so richtig flutschen. Die Rede ist hier in diesen Tagen ausnahmsweise nicht von der SPD Hamburg-Mitte und Johannes Kahrs. Nach der jüngsten Analyse von Lobby-Control mit Datum vom 20. Juni 2022 ist es im Jahre 2020 wieder einmal die Immobilienwirtschaft gewesen, die einigen Parteien üppige Summen zugesteckt hat. **Drei der fünf Top-Spender zwischen 179.000 und 820.000 Euro kamen aus der Immobilien- und Baubranche**, vorneweg vom Immobilienunternehmer Christoph Gröner. Alle drei Top-Spenden gingen an ... die CDU, von Gröner an die Berliner Christdemokrat:innen. Dieser feine Herr wollte, so Lobby-Control, »nach eigener Aussage Kräfte gegen den Berliner Mietendeckel unterstützen«. Mehr über den Parteien(finanzierungs) krimi gibt es hier: www.lobbycontrol.de/2022/06/

wer-finanzierte-die-parteien-2020/?pk_source=nl&pk_campaign=20220623.



Wer sich für Baukultur und neueste Entwicklungen im Bausektor interessiert, sollte sich mal umtun auf der Website der neu gebildeten **Hamburg Stiftung Baukultur (HSBK)** unter www.hsbk.city. Hier ein paar Zeilen aus der **Selbstdarstellung** vom 29. Juni: »Mit der Gründung der HSBK bringen Architektinnen und Architekten aller Fachrichtungen sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner noch stärker ihre gestalterischen Ansätze in die gesellschaftlichen Prozesse ein. Die HSBK ermöglicht es, auf aktuelle Debatten zu reagieren, die von Stadt-Initiativen, von der Politik und von anderen gesellschaftlichen Gruppen initiiert werden, und auch Diskussionen zu eigenen Themen anzustoßen. Aus der Hamburgischen Architektenkammer heraus entstanden, nimmt die HSBK ihren eigenen Platz in der baukulturellen Stadtlandschaft und -gesellschaft ein und bietet ein zukunftsorientiertes Forum für Baukultur in und für Hamburg.« Im November präsentiert sich das HSBK-Forum einen Monat lang im Erdgeschoss des ehemaligen Karstadt-Sport-Gebäudes an der Mönckebergstraße.

Kontakt
HSBK Hamburger
Stiftung
Baukultur

Hamburger Stiftung Baukultur
Grindelhof 40
20146 Hamburg
040-22867278-0

Der **Deutsche Mieterbund (DMB)** glänzt seit vielen Jahren mit der regelmäßig überarbeiteten Ausgabe seines **Mieter-Handbuchs** (14,90 Euro) und eines Mieterlexikons (16,00 Euro). Die Neuauflagen dieser beiden Klassiker sind jüngst durch den Band **Mietkosten im Griff** (16,90 Euro) ergänzt worden. Diese wichtigen Werke, die in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale erarbeitet wurden, bieten auf hunderten Seiten alle erdenklichen Informationen, Urteile und Kniffe. Guckst Du hier: <https://shop.mieterbund.de/>.

DMB DEUTSCHER MIETERBUND **verbraucherzentrale** **RECHT**

Mietkosten im Griff
Nebenkosten, Mieterhöhung, Wohnungsmängel

OTTO N. BRETZINGER | ULRICH ROPERTZ

Neue Literatur zu Mietkosten

Die **Volksinitiative Keine Profite mit Boden und Miete** geht möglicherweise in die letzte Runde, es scheint zu einem akzeptablen Kompromiss mit dem Senat zu kommen. Wenn auch leider ohne konkrete Ausführungen dazu, aber lesenswert ist der kurz vor den Ferien herausgekommene und von Hermann Kaienburg verantwortete und informativ aufbereitete **Newsletter 2/2022** der VI allemal: [\[loads/2022/06/Newsletter-2-2022-Stand-27.6.22.pdf\]\(https://shop.mieterbund.de/loads/2022/06/Newsletter-2-2022-Stand-27.6.22.pdf\).](https://keineprofitemitbodenundmiete.de/wp-content/up-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Nach mehrjährigen Diskussionen mit Anrainer:innen, interessierten Bürger:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft hat sich am 13. Juni in der Hauptkirche St. Katharinen der **Verein »Altstadt für Alle!« gegründet**. Rund 40 Mitglieder bilden das Ausgangsteam eines Vereins, der seitdem um eine schnelle Vergrößerung bemüht ist. Zur Vorsitzenden wurde die Stadtsoziologin Prof. Dr. Ingrid Breckner gewählt, weitere Vorstandsmitglieder sind u.a. der Publizist Florian Marten, Frank Engelbrecht, Hauptpastor an St. Katharinen, sowie Prof. Alexander Klar, Direktor der Hamburger Kunsthalle. »Der Verein Altstadt für Alle! e. V.«, so der Bericht im Newsletter der Patriotischen Gesellschaft (die quasi Pate gestanden hat), »will dazu beitragen, dass Hamburg sein Potenzial ausschöpft, zum Vorbild einer grundlegenden Stadterneuerung in Richtung Multifunktionalität, Nachhaltigkeit, Klimaresilienz, Gemeinwohlorientierung, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität zu werden« (www.patriotische-gesellschaft.de/de/aktuelles/). Mehr zum neuen Innenstadt-Player unter www.altstadt fuer alle.de.

Es lohnt sich immer mal wieder, auf die Homepage von **Hinz & Kunzt** zu schauen, sowieso das monatliche Straßenmagazin für schlappe 2.30 Euro zu erwerben. Nehmen wir nur ein paar Meldungen von der Website. Danach standen im Juli 2022 genau **2.610 Wohnungen in Hamburg länger als vier Monate leer**, 2019 waren es 1.740 (Meldung vom 20.7.). Laut Statistischem Bundesamt lebten am 31. Januar 2022 bundesweit 178.000 Menschen in Wohn- und Notunterkünften, in Hamburg alleine waren es **19.000 Wohnungslose**, davon fast die Hälfte unter 25 Jahren (14.7.). In der ersten Jahreshälfte 2022 haben Hamburgs Bezirksämter **63 Schlafplätze von Obdachlosen räumen lassen**, Tendenz gegenüber den Vorjahren: leicht steigend (11.7.). So viel exemplarisch zur sozialen Wirklichkeit in unserer Stadt. Und zur wichtigen Rolle von H&K, auf solche Missstände regelmäßig aufmerksam zu machen (www.hinzundkuntz.de/category/nachrichten/).

Angesichts dieser Zahlen – im Juni gab es in Hamburg rund **13.000 Wohnungsnotfälle**, so viel wie noch nie – fordert das **Hamburger Bündnis für eine neue soziale Wohnungspolitik** endlich einen

Neustart. Der u.a. von der Diakonie, Mieter helfen Mietern und Stattbau getragene Zusammenschluss stellte dem Senat zur Mitte der Legislatur die **Note »enttäuschend«** aus und forderte eine soziale Kehrtwende (www.diakonie-hamburg.de/de/presse/pressemitteilungen/13.000-Wohnungsnotfaelle-unversorgt-Rot-gruener-Senat-verfehlt-Ziele-deutlich.-Hamburger-Buendnis-fuer-eine-neue-soziale-Wohnungspolitik-fordert-Neustart/).

Unbedingt hörensenswert ist der fünfteilige, insgesamt 84-minütige **Podcast »Immobilienpoker«**, der erstmals am 27. Juni im Radio zu hören war. Der bekannte Hamburger Journalist **Christoph Twickel** hat sich für »NDR Info« und »RBB Kultur« auf Spurensuche begeben, um den katastrophalen, von Profitinteressen und Spekulation diktierten Wohnungsmarkt zu durchleuchten. »In der Branche sieht es ganz danach aus, als gäbe es Scheingeschäfte, unbezahlte Rechnungen, Stillstand auf Baustellen«, so der Ankündigungstext. »Und immer wieder steht ein Konzern in den Schlagzeilen: die **Adler-Gruppe**. Das Immobilienunternehmen erschüttert die Finanzwelt, die Bau-Branche und Wohnungssuchende natürlich auch. Denn der Bluff führt dazu, dass erforderliche Wohnungen nicht entstehen. Wie der Bluff funktioniert? Darum geht es in Immobilienpoker.« Die Sendung, bei der nicht zuletzt das **Holstenareal** eine wichtige Rolle spielt, ist abrufbar in der ARD-Audiothek unter www.ardaudiothek.de/sendung/immobilienpoker/10606911/.



Die Initiative für ein buntes St. Pauli und die Umsetzung des St. Pauli Codes – kurz: **St. Pauli Code jetzt!** – hat eine schöne, achtseitige Broschüre erstellt, in der es um die grundlegende Frage »St. Pauli für wen?« geht. Im Mittelpunkt dabei steht der so genannte Büroklotz, der gegen massive Proteste der Anwohner:innen und Nachbarschaft an der Budapester Straße entstehen soll. Wen die (Un-) Feinheiten dieses stadtentwicklungspolitischen Lehrbeispiels interessieren, schaut hier: www.stpaulicodejetzt.de/.

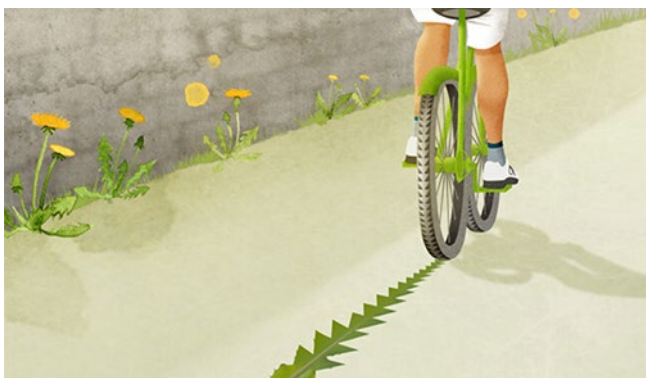


Rund 160 Veranstaltungen finden vom **9. bis 11. September** anlässlich des diesjährigen **Tages des offenen Denkmals** statt. Das Motto des Events lautet **KulturSpur. Ein Fall für den Denkmalschutz** und soll offenbar ein wenig Tatort-mäßig zu vielfältiger Spurensuche animieren. Es geht dabei neben der Wahrnehmung bzw. Besichtigung von Denkmälern u. a. um solche Fragen: Welche Spuren menschlichen Handelns wurden an ihnen hinterlassen? Welche Geschichten erzählen diese und welche Schlüsse zieht die Denkmalpflege daraus? Das Gesamtprogramm aller Denkmalorte steht ab dem 1. September unter www.denkmalstiftung.de/denkmaltag bereit.

Dass es mit der großspurig verkündeten **Mobilitätswende** in Hamburg nicht allzu weit her ist, mag exemplarisch an einem Beispiel verdeutlicht werden. Die Linksfraktion hatte nämlich den Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, dass Hamburg dem **Bündnis »Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten«** beitreten möge (Dr. 22/8373 vom 18.5.2022, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80018/vision_zero_konkret_machen_der_staedteinitiative_fuer_tempo_30_beitreten.pdf). Dieser bundesweite Zusammenschluss wurde u. a. von den Bürgermeister:innen in Leipzig, Freiburg und Ulm gegründet. Es geht darum, den Bund zu veranlassen, die **Handlungsoptionen für eine Einführung von Tempo 30 auch in den städtischen Hauptverkehrs-**

straßen zu erweitern (www.staedtetag.de/files/dst/docs/Dezernat-5/2022/2022-01-31-Positionspapier-Staedteinitiative-Tempo-30-Unterstuetzer-rein.pdf). SPD und GRÜNE wiegelten schon im Verkehrsausschuss ab: Ohne mit uns! Kommentar des BUND: »Mit dem Nichtbeitritt Hamburgs zur Städte-Initiative wurde die **Chance auf ein Bekenntnis zu zukunftsfähigem Stadtverkehr vertan**« (Pressemitteilung vom 24.6.2022, www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/hamburg-lehnt-bekenntnis-zu-mobilitaetswende-ab/).

»**STADTRADELN** ist ein bundesweiter Wettbewerb, bei dem es darum geht, 21 Tage lang möglichst viele Alltagswege klimafreundlich mit dem Fahrrad zurückzulegen«, heißt es auf der von öffentlichen und privaten Institutionen getragenen Initiative. »Jeder Kilometer zählt – erst recht wenn du ihn sonst mit dem Auto zurückgelegt hättest« (www.stadtradeln.de/home). Auch in Hamburg wird die Aktion – insbesondere vom »Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club« (ADFC) – gepusht. Vom **1. bis 21. September** sollen möglichst viele Kilometer auf dem Fahrrad zurückgelegt werden. Dafür ist es nötig, sich auf stadtradeln.de/hamburg registrieren zu lassen. Dann heißt es, einem Team beizutreten oder ein neues zu gründen. Die geradelten Kilometer werden per **Stadtradel-App** aufgezeichnet oder ggfs. auch nachgetragen. Mehr dazu unter www.stadtradeln.de/hamburg. Bis zum 22. August haben sich übrigens bereits 639 Teams und 18 Parlamentarier:innen angemeldet.



Jeder Kilometer zählt (von der Website www.stadtradeln.de/home)

Eine interessante **Studie** hat jüngst der **Verein Fuss e. V.** herausgegeben. Auf 14 Seiten wird die Frage **Wie breit müssen Gehwege sein?** erörtert. Wir kennen die Problematik in Hamburg zur Genüge, sei es, dass die Gehwege einfach zu schmal angelegt sind oder

keine Trennung von Fahrradwegen aufweisen, und das auch noch vor dem Hintergrund, dass die eigentlich Fußgänger:innen vorbehaltenen Wege oft zugeparkt oder zugestellt und bisweilen in einem schlechten Zustand sind. Die **Broschüre** über »Mindestgehwegbreiten nach den aktuellen Regelwerken« findet sich auf der Homepage www.fuss-ev.de/.

Dieser Tage erscheint auch die neue **mobilogisch**, die von den Vereinen Fuss und Umkehr herausgegebene **Zeitschrift für Ökologie, Politik & Bewegung**. Schwerpunkte sind die Themen »Stress, subjektive und objektive Sicherheit und Beinahe-Unfälle«, »Begegnungszonen«, »Gegen-Wende fährt auf Hochtouren« und »Mobilitätsrichtlinien in Unternehmen«. Mehr unter www.mobilogisch.de/archiv/archiv-ausgaben/40-ml/archiv/294-august-2022.html.

Die **Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung** hat dieser Tage ihren neuen eNewsletter verschickt (<https://t49d2b440.emailsys1a.net/mailling/83/5407709/10377907/3677/ac1cd46fa6/index.html>). Hier gibt es in größeren Abständen Informationen, Termine, Materialien en gros und en détail, eine wahre Fundgruppe. Zuständig ist dafür das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI).

Im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hamburg hat Detlef Zunker die Studie **Unterrichtsbezogene Zusammenhangstätigkeiten bei der Durchführung von Berufssprachkursen** erarbeitet. Hinter dem etwas sperrigen Titel verbirgt sich eine Analyse der **prekären Beschäftigung im Bereich von Kursen der Arbeitsmarktdienstleistungen** wie beispielsweise Berufssprachkurse für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund. Die auf 19 Seiten dargebotenen Untersuchungsergebnisse gibt es hier: www.gew-hamburg.de/themen/arbeitsbedingungen/studie_zunker.

Eben dieser Detlef Zunker war es auch, der als Sprecher der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Hamburg maßgeblich eine **erste Kundgebung von Dozent:innen der Volkshochschule** organisierte. Dabei ging es am **29. Juni vor der VHS-Mitte in der Schanzenstraße** um eine Nachhaltige und faire Bezahlung – mehr soziale Sicherheit für VHS-Dozent:Innen! Infos zu dieser Fachgruppe, über die fast 20.000



Auf der Kundgebung am 29. Juni



Detlef Zunker, GEW (Fotos: M. Joho)

Lehrenden alleine in den Sprach- und Integrationskursen und nicht zuletzt die Kundgebung gibt es unter www.gew-hamburg.de/mitmachen/fachgruppen/erwachsenenbildung. Grundlegende Informationen über die **Situation in der Weiterbildung** hat die Linksfraktion zuletzt mittels einer Großen Anfrage Ende Mai 2022 in Erfahrung gebracht. Die betreffende Drucksache 22/8169 gibt es hier: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/79802/arbeitsbedingungen_und_das_engagement_der_regierungskoalition_in_derweiterbildung.pdf.

Über den Tellerrand blicken nutzt, schon um zu erfahren was noch so und anderswo geht. Über den Weg gelaufen ist uns da beispielsweise ein Papier des **Bündnisses »Wir wollen wohnen!«**, das im Vorfeld der bereits Mitte Mai 2022 gelaufenen Landtagswahl in **Nordrhein-Westfalen** veröffentlicht wurde. In diesem 20-seitigen Statement haben der Deutsche Mieterbund, der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, das Diako-

nische Werk und der Sozialverband Deutschland ihre **wohnungs- und mietenpolitischen »Positionen und Forderungen«** dargelegt, Parole: eine »Wende in der Wohnungspolitik« ist überfällig (www.wir-wollen-wohnen-nrw.de/fileadmin/user_upload/LTW_2022/DMB_WWW_Positionen_und_Forderungen_zur_Landtagswahl_2022_screen.pdf). Hätten wir in Hamburg auch gerne. Im Übrigen: ein schönes Teil, mit Anregungen auch für die Elbmetropole.

Tasche leer, Schnauze voll!, so heißt es auf der Titelseite von **Backbord**, der halbjährlich in hoher



Auflage erscheinenden **Zeitung der Linksfraktion** in der Hamburgischen Bürgerschaft. Die Sommernummer widmet sich unter verschiedenen Gesichtspunkten vor allem der dramatischen Preisexplosion und ihren Auswirkungen auf Haushalte mit geringem Einkommen, aber auch die Forderungen nach einer Wiedereinführung der Straßenbahn und mehr echter Bürger:innenbeteiligung finden ausführlich Erwähnung (www.linksfraktion-hamburg.de/backbord/).

Crashkurs Kommune, so lautet der Titel einer **Publikationsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)**, »die sich an alle kommunalpolitisch Interessierten und Aktiven, das heißt Mandatsträger:innen, an außerparlamentarisch Engagierte in Vereinen oder in Initiativen, aber auch an interessierte Einzelpersonen richtet. Ein Ziel der Reihe ist es, Kommunalpolitik über den engeren Kreis der Mandatsträger*innen hinaus attraktiv aufzubereiten und somit Beteiligung an politischen Entscheidungen vor Ort voranzutreiben. Dabei ist der **Fokus auf linke Kommunalpolitik im weitesten Sinne** gerichtet, Adressatinnen sind also linksalternativ Aktive.« Der Blick auf die ständig erweiterte Website www.rosalux.de/publikationen/crashkurs-kommune lohnt, wenn man oder frau mitbekommen will, was sich bezüglich kommunaler Haushalte, digitaler Kommunalpolitik und sozialer Stadtteilarbeit so tut. Über den Link können mittlerweile zwölf informative Bändchen kostenfrei heruntergeladen werden, aber es gibt auch Termine und Online-Veranstaltungen.

Jüngst hat das Klima-Camp in Hamburg versucht, die zerstörerischen Ausbeutungsverhältnisse der Natur und ihre gesellschaftlich-politische Dimension auf die Tagesordnung zu setzen. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels sind ja allorten zu spüren und Deutschland ist eines der am meisten betroffenen Länder – auch wenn man es im klimatisierten motorisierten Individualverkehr kaum zu spüren vermeint. Die **Zeitschrift »LUXEMBURG«**, ein Magazin der **RLS**, widmet sich in ihrer aktuellen Ausgabe der **Unangepasstheit der Menschen bzw. der Gesellschaften im Hinblick auf die Klimakatastrophe**. Zu beziehen über luxemburg@rosalux.org oder telefonisch unter 030-443 10-157 oder online www.rosalux.de/publikation/id/46657/unangepasst.

Die **RLS** unterhält eine ganze Reihe von **Auslandsbüros**. Diese werden am stiftungseigenen Zentrum für

Internationalen Dialog koordiniert und betreut. In diesem Hause erscheint regelmäßig die **Zeitschrift »Maldekstra«**, was »Links« auf Esperanto bedeutet. Die jüngste Nummer wendet sich, wenig überraschend, dem Themenkomplex **Krieg und Frieden** zu, mit Beiträgen eben aus den verschiedenen Dependancen im Ausland und von dortigen Kooperationspartner:innen. Kontakt und Abonnement per E-Mail: maldekstra@rosalux.org oder hier online: www.rosalux.de/publikation/id/46658/krieg-und-frieden-maldekstra.

Es ist offenbar die Zeit der **RLS**, deswegen auch noch diese vierte Empfehlung. Erst vor kurzem erschienen ist die **Broschüre »Enteignung schafft keine einzige Wohnung«** aus der Reihe »luxemburg argumente«. Nein, nein, hier wird nicht gegen die Enteignungskampagnen in Berlin und neuerdings auch in Hamburg gewettert, hier geht es vielmehr auf immerhin 64 Seiten um **Mythen und Fakten zur Vergesellschaftung von Wohnraum**. Und ganz kostenfrei: www.rosalux.de/publikation/id/46758/enteignung-schafft-keine-einige-wohnung.



Das hat uns gerade noch gefehlt: die 22-seitige **Broschüre der RLS** zum brandheißen Thema **Übergewinnsteuer** (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/220816_NSG-RLS_Studie_Kriegsgewinne-bestuern.pdf). Die erst vor wenigen Tagen erschienene Publikation von Christoph Trautvetter und David Kern-Fehrenbach vom Netzwerk Steuergerechtigkeit liefert reichlich Argumente dafür, die aktuellen Kriegs- und Krisengewinne zu besteuern. Es geht in dem Material u. a. um Steueroasen, um erhobene Übergewinnsteuern in anderen Ländern und die Frage, warum ausgerechnet die Bundesregierung unter Führung von Christian Lindner (FDP) not amusest ist. Wie es der Zufall so will, ließe sich durch eine solche Steuer – so die Berechnung der beiden Exper-

ten – **locker eine Summe von 100 Milliarden Euro einfahren**. Wir meinen, das wär's doch! Laut OXFAM würde eine einmalige **Sondersteuer von 90 Prozent auf Extraprofite allein bei den größten Unternehmen der G7-Länder sogar 430 Milliarden Euro einbringen** (www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/erwartungen-g7-gipfel-brauchen-uebergewinnsteuerum-hunger-klimakrise-bekaempfen).

Zu dieser Meldung passt eine weitere, 24-seitige **Broschüre** der Europäischen Linken im Europaparlament, verfasst von Martin Schirdewan, dem Ko-Fraktionsvorsitzenden von The Left im Europäischen Parlament. Sie ist bereits im Mai des Jahres erschienen und trägt den Titel **Krisengewinner und die Finanzierung der Krisenbewältigung**. Ausgewählte Branchen- und Unternehmensbeispiele. Damit kann das Material quasi als Vorstudie zur Übergewinnsteuer-Broschüre der RLS verstanden werden. Jedenfalls ergänzt sich beides auf das Beste. Die Studie gibt es hier: www.martin-schirdewan.eu/studie-energiekonzerne-erarten-kriegsgewinne-in-billionenhoeh/.

Am **Donnerstag, den 8. September**, von 18.00 bis 20.30 Uhr, läuft im **Museum für Kunst und Gewerbe** (Steintorplatz) eine **2. Hauptbahnhof-Planungswerkstatt**. Im Mittelpunkt steht dabei das Umfeld des Verkehrsknotenpunkts. Näheres dazu und eine Anmelde-möglichkeit unter www.hbfhh.de.

Im Rahmen der alljährlichen **Veranstaltungsreihe Hamburg! Gerechte Stadt!** laden die beteiligten Verbände für **Dienstag, den 13. September**, 18.00 bis 19.30 Uhr, ins **Museum für Kunst und Gewerbe** (Steintorplatz) ein. Das Thema **Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030** diskutieren an diesem Abend Stephan Nagel (AG der Freien Wohlfahrtspflege), Petra Memmler (VNW Hamburg), Iftikhar Malik (SPD) und Stephanie Rose (DIE LINKE).

Straßenumbenennungen in Hamburg am Beispiel von NS-belasteten Straßennamen

Von Dr. Rita Bake

Straßennamen erleben stets große Aufmerksamkeit, denn sie sind Teil der persönlichen Adresse, permanent im Stadtbild präsent, ständig begeh-, erleb- und erfahrbar. Weil Straßennamen Orientierung bieten sollen – und zwar nicht nur geografisch, sondern auch kultur- und gesellschaftspolitisch, wurden und werden immer wieder Straßenumbenennungen vorgenommen.

Solange in Deutschland die Monarchie regierte und auch die Kirche viel zu sagen hatte, wurden viele Straßen nach Heiligen, Pastoren und dem Adel benannt. Und solange Militarismus eine große Rolle spielte, erhielten viele Straßen Namen nach Militärs und Kriegshelden. In der Weimarer Republik wurden dann einige nach Monarchen benannte Straßen gegen Vertreter der Demokratie ausgetauscht. Die Nationalsozialisten benannten im großen Stil nach Personen jüdischer Herkunft, Gewerkschaftsführern, Vertretern der Arbeiterbewegung und demokratischen Politikern benannte Straßen rigoros um und gaben Straßen Namen nach Personen, die die NS-Ideologie stärkten.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus erfolgte wieder eine große Umbenennungswelle. Nun wurden die von den Nationalsozialisten nach deren Protagonisten benannte Straßen umbenannt. Gerade weil Straßennamen bewusstseinsbildend wirken können, ist die kritische Beschäftigung mit ihnen keine Petitesse. Und so legt man heute in vielen deutschen Städten – so auch in Hamburg – einen kritischen Blick auf Straßennamen, die zum Beispiel eine NS-Belastung aufweisen. Selbst noch nach 1945 bis Anfang des 21. Jahrhunderts wurden Straßen nach Personen benannt, die als NS-belastet bezeichnet werden können.

In Hamburg wurden zwischen 1985 und 2022 17 Straßen wegen der NS-Vergangenheit des Straßennamensgebers/der Straßennamensgeberin umbenannt. Zwei weitere Straßennamen blieben bestehen, aber die Namensgeber*innen wechselten (Schottmüllerstraße und Weygandtstraße). Zahlen für vor 1985 erfolgte Umbenennungen liegen nicht vor.

Umbenannt wurden: 1996: Frenssenstraße, Frenssenweg (Altona, Eimsbüttel) in: Anne-Frank-Straße und Andreasberger Weg. 1996: Georg-Bonne-Straße (1. Teilumbenennung) Altona in: Am Internationalen Seegerichtshof; Peter-Mühlens-Weg (Hamburg-Nord) in: Agnes-Gierck-Weg. 1997: Georg-Bonne-Straße (2. Teilumbenennung) Altona in: Christian F.-Hansen-Straße. 1999: Weygandtstraße (Hamburg-Nord) Umwidmung: bleibt Weygandtstraße, aber nun benannt nach einem namensgleichen mainzischen Beamten; 2002: Johannes-Rabe-Stieg (Bergedorf) in: Höperstiege. 2006: Gustav-Stille-Weg (Bergedorf) in: Franz-Rohr-Weg. 2010: Pfitznerstraße (Altona) in: (zu) Friedensallee; 2013: Hindenburgstraße

Umbenannt wurden: 1996: Frenssenstraße, Frenssenweg (Altona, Eimsbüttel) in: Anne-Frank-Straße und Andreasberger Weg. 1996: Georg-Bonne-Straße (1. Teilumbenennung) Altona in: Am Internationalen Seegerichtshof; Peter-Mühlens-Weg (Hamburg-Nord) in: Agnes-Gierck-Weg. 1997: Georg-Bonne-Straße (2. Teilumbenennung) Altona in: Christian F.-Hansen-Straße. 1999: Weygandtstraße (Hamburg-Nord) Umwidmung: bleibt Weygandtstraße, aber nun benannt nach einem namensgleichen mainzischen Beamten; 2002: Johannes-Rabe-Stieg (Bergedorf) in: Höperstiege. 2006: Gustav-Stille-Weg (Bergedorf) in: Franz-Rohr-Weg. 2010: Pfitznerstraße (Altona) in: (zu) Friedensallee; 2013: Hindenburgstraße

Umbenannt wurden: 1996: Frenssenstraße, Frenssenweg (Altona, Eimsbüttel) in: Anne-Frank-Straße und Andreasberger Weg. 1996: Georg-Bonne-Straße (1. Teilumbenennung) Altona in: Am Internationalen Seegerichtshof; Peter-Mühlens-Weg (Hamburg-Nord) in: Agnes-Gierck-Weg. 1997: Georg-Bonne-Straße (2. Teilumbenennung) Altona in: Christian F.-Hansen-Straße. 1999: Weygandtstraße (Hamburg-Nord) Umwidmung: bleibt Weygandtstraße, aber nun benannt nach einem namensgleichen mainzischen Beamten; 2002: Johannes-Rabe-Stieg (Bergedorf) in: Höperstiege. 2006: Gustav-Stille-Weg (Bergedorf) in: Franz-Rohr-Weg. 2010: Pfitznerstraße (Altona) in: (zu) Friedensallee; 2013: Hindenburgstraße

(Teilumbenennung) (Hamburg-Nord) in: Otto-Wels-Straße. 2014: Julius-Fressel-Straße (Hamburg-Nord) in: (zu) Dorothea-Bernstein-Weg. 2014: Schottmüllerstraße (Hamburg-Nord) Umwidmung: bleibt Schottmüllerstraße, nun benannt nach der Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime, Oda Schottmüller. 2015: Konjetznystraße (Hamburg-Nord) in: Annie-Kienast-Straße. 2015: Max-Nonne-Straße (Hamburg-Nord) in: Ursula-de-Boor-Straße. 2016: Irmgard-Pietsch-Ring (Bergedorf) in Fritz-Bringmann-Ring. 2021: Georg-Bonne-Straße (die noch ausstehende Teilumbenennung) in Sophie-Rahel-Jansen-Straße. 2022: Emmy- Püttjer-Straße (benannt 2017 in Hamburg-Wandsbek) in Dorothea-Buck-Straße.

2020 rief die Kulturbehörde eine Kommission ins Leben, die sich mit dem Thema »Umgang mit NS-belasteten Straßennamen« beschäftigte und deren Aufgabe es war, bis Ende 2021 entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten. Die »Kommission zum Umgang mit NS-belasteten Straßennamen in Hamburg« kam zu folgenden Umbenennungsempfehlungen: »Eine nach einer Person benannte Straße sollte dann umbenannt werden:

- Wenn durch das aktive Handeln der Person bewusst eine bleibende Schädigung anderer Menschen herbeigeführt wurde,
- wenn nationalsozialistisches Gedankengut in exponierter Stellung aktiv vertreten wurde,
- wenn es von der Person nach 1945 keine wahrnehmbare Selbsterkenntnis über ihre Taten oder Veränderung in der Einstellung gegenüber ihren Taten gibt,
- wenn die Person eine Vorreiterrolle im Nationalsozialismus innehatte oder aktiv in exponierter Stellung für die nationalsozialistische Ideologie eintrat.«

Empfohlen wird die Umbenennung folgender Hamburger Straßennamen: Walter-Bärsch-Weg (Groß Borstel); Julius-Brecht-Straße (Osdorf); Elingiusplatz (Allermöhe); Heynemannstraße (Langenhorn); Högerdamm (Hammerbrook); Oehleckerring (Langenhorn); Reinckeweg (Hummelsbüttel); Albert-Schäfer-Weg (Eißendorf); Schorrrhöhe (Bergedorf); Paul-Stritter-Brücke/Paul-Stritter-Weg (Alsterdorf); Strüverweg (Groß Borstel). Ihre Viten sind nachzulesen in der Datenbank »Die NS-Dabeigewesenen« unter: www.hamburg.de/ns-dabeigewesene/.

Mit dieser Umbenennungsempfehlung ist der Prozess der kritischen Beschäftigung mit NS-belasteten Straßennamen noch lange nicht abgeschlossen. Sicherlich werden noch weitere Straßennamen auf dem Prüfstand stehen.

Bei der Entscheidungsfindung für oder gegen eine Umbenennung von NS-belasteten Straßennamen sollte es kein Aufrechnen »guter« gegen »schlechte Taten« geben, denn dies würde einer zweiten Entnazifizierung gleichkommen.

Kommt es zu einer Umbenennung, dann sollte der alte Name nicht nur gegen einen neuen ausgetauscht werden, sondern es sollte auf den neuen Erläuterungsschildern, die unter den Straßenschildern angebracht sind (leider gibt es unter vielen Straßenschildern gar keine Erläuterungsschilder, was grundsätzlich schade ist), auch über die NS-belastete Person informiert werden, nach der vormals diese Straße benannt war.

Ob in unserer Stadt eigentlich schon, wenigstens in der einen oder anderen Form, den »68ern« die gebührende öffentliche Aufmerksamkeit auf Straßen- oder Platzschildern zuteilgeworden ist? Immerhin haben viele Protagonist:innen dieser Generation maßgeblich zur Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft beigetragen und überhaupt erst die Voraussetzung dafür geschaffen, was Willy Brandt 1969 in die Worte »Mehr Demokratie wagen!« hüllte.

Eine großartige Arbeit präsentieren nun gut 50 Jahre danach mehrere Zeitzeug:innen: Überwiegend ehemalige Mitglieder des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes« (SDS) haben sich zusammengetan und eine beeindruckende Website zu den Jahren der Hamburger Revolte ab 1966 fabriziert. Darin zu finden: eine sehr ausführliche Chronik, Dutzende Dokumente, Biografien der wichtigsten Aktivist:innen, Fotos von Günter Zint und vieles mehr, nicht zuletzt ein eigener Abschnitt zur Außerparlamentarischen Opposition in, ja, in Bergedorf. Wer Muße und Interesse hat, blättert einfach mal rein in die Jahre der Revolte unter <https://sds-apo68hh.de/>.

Der ASTA der Universität veranstaltet heute um 11.30 Uhr eine Trauer- und Protestkundgebung im Von-Melle-Park. Bei dieser Kundgebung werden der ASTA-Vorstand, Gerhard Weber vom CVJM und unser Studentensekretär Erich Boyens sprechen. Der ASTA bittet die Studentenschaft, ihre Trauer und Solidarität durch ihre Anwesenheit bei der Kundgebung zu bekunden. Er bittet sie, der Bedeutung und Würde dieser Stunde durch entsprechendes Verhalten Rechnung zu tragen.

Eines der vielen Dokumente auf der Website: Der ASTA-Aufruf zur Protestkundgebung gegen den Mord an Benno Ohnesorg vom 7. Juni 1967



Nicht in der Sammlung, aber ein weiteres Dokument aus den Jahren der Revolte, Plakat aus Frankreich von 1968 (Foto: M. Joho)

Neue Broschüre der Linksfraktion**»Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht«**

Von Christiane Schneider



»Kein Schlussstrich« – Demonstration zur Urteilsverkündung im NSU-Prozess am 11. Juli 2018 in München (Foto: Henning Schlottmann, Commons Wikipedia)

Anfang September erscheint eine neue Broschüre der Linksfraktion, der Titel: »Der NSU-Komplex in Hamburg – Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht«.

Der Mord an Süleyman Taşköprü liegt länger als 21 Jahre zurück, die Selbstenttarnung der NSU-Kernzelle fast elf Jahre. Im Bund und in allen anderen Tatortländern gab es einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA), in mehreren sogar zwei. Kürzlich hat auch Bayern auf Initiative der GRÜNEN einen zweiten PUA eingerichtet, um eine Antwort auf bisher unbeantwortete Fragen zu finden. In Hamburg dagegen gibt es immer noch keinen Untersuchungsausschuss. Eine Aufklärung, die den Namen wirklich verdient, fand hier bisher nicht statt. Ein Antrag der Linksfraktion auf einen PUA scheiterte 2016 am Nein aller anderen Fraktionen.

Die Broschüre gibt nun einen Eindruck, warum insbesondere der SPD-geführte Senat seit 2011 die Aufklärung durch einen PUA hintertreibt: weil es, entgegen dem Mantra der SPD in Senat und Bürgerschaft, tatsächlich Gravierendes aufzuklären und aufzuarbeiten gibt.

Rassistische Strukturen blockieren die Aufklärung

Die Broschüre weist anhand konkreter Handlungen bzw. Unterlassungen nach, dass und wie die Hamburger Ermittlungen durch ethnisierende Zuschreibungen und rassistische Denk- und Handlungsmuster geprägt waren. Diese Zuschreibungen und Muster waren entscheidend dafür, dass die Ermittlungen über Jahre kein einziges Mal auch nur in die Nähe der Täter:innen und ihrer rassistischen Motive führte. Im Gegenteil: Die Hamburger Ermittler:innen wandten sich in der »BAO Bosphorus«, die die Ermittlungen in der Mordserie bundesweit

koordinierten, explizit gegen die wenigen Ansätze und boykottierten sie aktiv.

Die Auftritte des Leiters der Hamburger SoKo 061 Felix Schwarz 2012 im Bundestag und noch 2020 im NSU-Untersuchungsausschuss in Mecklenburg-Vorpommern zeugen davon, dass es bei den Verantwortlichen nicht einmal ansatzweise eine selbstkritische Reflexion des Totalversagens gibt. Schwarz hielt stur an den rassistischen Mustern fest und ignorierte beharrlich, dass die Annahmen, die die Ermittlungen leiteten und die er auch 2020 wieder auftrichtete, längst widerlegt waren.

Allein das ist ein starker Grund für einen PUA der Hamburgischen Bürgerschaft, auch Jahre nach der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) noch. Wie aktuell die Problematik ist, zeigt die Tatsache, dass die Hamburger Polizei noch immer die bundesweit geplante

Studie über Rassismus in der Polizei blockiert. Ein PUA kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Panzer aufzubrechen, mit dem sich die Polizei vor Kritik und Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen und Handlungsmustern schützt.

Die Rolle des LfV: Totalversagen oder Vertuschung?

Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) steht im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex bis heute nur wenig in der Kritik. Zu Unrecht. Es gab 2006 ein einziges Treffen zwischen den Polizeiermittler:innen und dem LfV zum »Austausch« über die Mordserie. Das LfV behauptete bei diesem Treffen und behauptet bis heute, es habe von der Mordserie bis dato nur durch die Medien erfahren. Mehr hatte er bis zur Selbstenttarnung des NSU auch nicht gesagt. Bekanntlich behauptet der Inlandsgeheimdienst die eigene Legitimation mit seiner Rolle als »Frühwarnsystem«. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Man misst ihn an dieser behaupteten Rolle – dann hätte er seine Selbstlegitimation vollständig verloren. Oder das LfV sagt nicht die Wahrheit und steckte, wie der bundesweite Inlandsgeheimdienst und die Geheimdienste in anderen Tatortländern auch, tief im Sumpf des NSU-Komplexes. Für diese Sicht sprechen einige Indizien, mit denen sich die Broschüre beschäftigt. So oder so: Die Opfer, ihre Angehörigen und Freund:innen, die Communitys, denen die mörderischen Botschaften des rassistischen Terrors galten, und die solidarische Öffentlichkeit haben ein Recht auf Aufklärung und Konsequenzen.

Ayşen Taşköprü, die Schwester des ermordeten Süleyman Taşköprü, schreibt in ihrem die Broschüre einleitenden

Beitrag: Die »unbeantworteten Fragen und die nicht ausreichende Übernahme von Verantwortung durch die Hamburger Politik und Behörden frustrieren mich und stellen für mich und für uns eine Belastung dar. Politik und Behörden sind uns Aufklärung schuldig«.

Die A5-Broschüre enthält auf ca. 64 Seiten folgende Kapitel:

- Was uns alle prägt - Die sichere Heimat ist uns genommen worden. Von Aysen Taşköprü
- Der Weg zum NSU - eine lange Spur rechten Terrors
- Der Mord an Süleyman Taşköprü: Einseitige und schlampe Ermittlungen

- Die SOKO 061: Rassistische Deutungs- und Handlungsmuster blockieren die Aufklärung
- Verfassungsschutz zwischen Totalversagen und Vertuschung
- Die Neonaziszene in Hamburg um die Jahrtausendwende
- Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht

Das kostenfreie Material ist ab Anfang September bei der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft erhältlich: Burchardstraße 21, 20095 Hamburg, Tel. 040/42831-2421.

Buchrezension:

Woher kommt der Reichtum der deutschen Oligarchen?

Von Hanno Plass

David de Jong: Braunes Erbe. Die dunkle Geschichte der reichsten deutschen Unternehmerdynastien.¹

Schlägt mensch eine beliebige deutsche Wirtschaftszeitung auf, springen sie eine:n an: BMW, Volkswagen, Porsche, Dr. Oetker ... andere Firmen sind eher unscheinbar, aber dennoch allgegenwärtig und mit einem ausgesprochen alltäglichen Profil, wie z. B. Varta oder ... Was ist ihnen gemeinsam?

Alle diese Firmen verdanken ihre Position dem von ihnen geleisteten Beitrag zur deutschen Auf- und Ausrüstung unter den Nationalsozialisten, wenn nicht gar der persönlichen Protektion und Förderung durch Nazigrößen - sofern Unternehmensgründer und -besitzerinnen nicht sowieso überzeugte Nazis gewesen sind.

Das ist nicht neu. Deutsche Großkonzerne meinten massiv Abbitte geleistet zu haben durch ihre Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter:innen und ihren Zuschuss zur »Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft«. Dass diese Gelder nur einen Bruchteil der vorenthaltenen Arbeitslöhne der Zwangsarbeiter:innen ausmachten - von den auf Zwangsarbeit beruhenden Gewinnen gar nicht zu sprechen - hat Thomas Kuzcinsky in seiner Studie »Brosamen vom Herrentisch« 2004 durchgerechnet.²

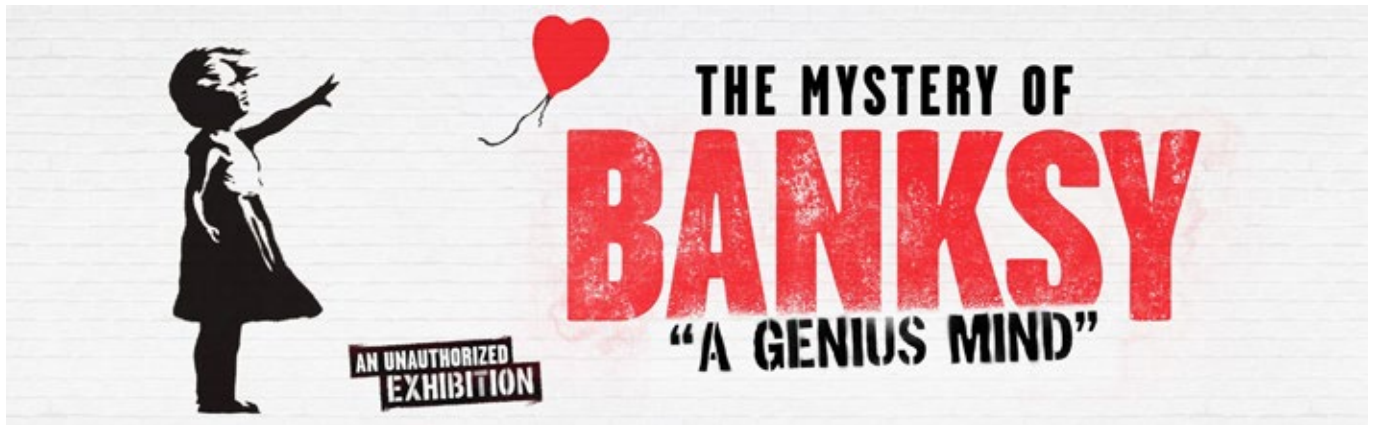
David de Jonge, ein Wirtschaftsjournalist, der bei »Bloomberg News« begann, die Vergangenheit deutscher Firmen zu recherchieren, weist mit »Braunes Erbe« auf die Wurzeln des Reichtums der deutschen Großunternehmen hin. Einige der ganz großen beleuchtet er exemplarisch: Quandts Imperium, Volkswagen und Porsche samt Piëch, den Bankier von Finck, Bahlsen, Flick, Dr. Oetker und zuletzt das Reimannsches Imperium von JAB. Sie alle profitierten von ihrer Nähe und ihrem Beitrag zum Nationalsozialismus. Dabei war es beileibe nicht so, dass der Nationalsozialismus sozialistische Anlei-

hen genommen und der Wirtschaft Wege zum Profit auf Kosten der Arbeiter:innen verbaut hätte. Nur die Wege sollten in den von den Nazis vorgegebenen Bahnen verlaufen. Und wer dort folgte, dem fielen traumhafte Gewinne zu. Dabei spielten erzwungene Übernahmen von Unternehmen jüdischer Eigentümer:innen, denen ein Preis weit unter dem Marktwert abgepresst wurde, ebenso eine Rolle wie auch der massive Einsatz von Zwangsarbeiter:innen in den Produktionsstätten, zu einem Hungerlohn oder weniger. Die Fundamente von Volkswagen wurden nicht nur von geraubten Millionen der deutschen Gewerkschaften errichtet, sie wurden erbaut mit Schweiß und Blut von abertausenden Zwangsarbeiter:innen und Kriegsgefangenen unter dem »Terrorregime« von Anton Piëch (S. 223).

Die Aussicht, die am Ende des Buches von de Jonge beschrieben wird, kann ich hingegen nicht teilen. Aufgrund der Spenden von »deutschen Freunden« des »Tel Aviv Museum of Art«, zu denen Quandt und Flick gehören, hegt er den Glauben, die künftigen Generationen würden sukzessive etwas an ihren Unternehmen verbessern. Ich denke hingegen, es wird nur so viel geschehen, wie sich für ein positives Image oder auch mit Blick auf Steuererleichterungen lohnt. Substanziell haben sich die deutschen Kriegs- und Vernichtungsgewinnler durch ihre Brosamen für die früheren Zwangsarbeiter:innen rechtlich abgesichert. Die damalige wie heutige ökonomische Elite verfolgt ihre Interessen und ihren Vorteil unter den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen. Wenn sie dabei noch politischen Einfluss nehmen, ist es nur noch besser für sie. Im heutigen Zeitgeist garniert die herrschende Klasse ihren Auftritt mit allerlei Elementen der Diversität, stellt Menschen ein, die *Corporate Social Responsibility* betreiben und so fort. Der fortdauernden Ausbeutung tut dies keinen Abbruch, ihrem politischen Einfluss ebenfalls nicht. Die »Braunen Erben« gehören immer noch zum Stamm der High Society, wo sich Politik und Elite mischen.

¹ Köln 2022, 496 Seiten, 28 Euro, ISBN 978-3-462-05228-2, www.kiwi-verlag.de/buch/david-de-jong-braunes-erbe-9783462052282

² www.verbrecherverlag.de/book/detail/58.



Kultur Tipp

Von Michael Joho

So manches Mal fällt die Auswahl empfehlenswerter Veranstaltungen schwer, allzu üppig ist doch oft das Angebot in dieser Metropole. Und wenn dann gleich zwei sehenswerte Expositionen in Bälde auslaufen, nämlich am 3. Oktober, dann wird es Zeit, einen Doppel-Besuch zu empfehlen.

Da werden zum einen im Untergeschoss der ehemaligen »Galeria Kaufhof« an der Mönckebergstraße **»The Mystery of Banksy«** präsentiert. Über 150 Werke dieses vermutlich weltbekanntesten Straßenkünstlers werden gezeigt, vom blumenwerfenden Autonomen bis zum Herzballon des kleinen Mädchens, beides Ikonen der Street Arts. Es handelt sich allerdings nicht um Originale, sondern um die Reproduktion von Graffiti, Fotografien, Skulpturen, Videoinstallationen und Drucken. Tatsächlich ist Banksy, dessen Identität bis heute nicht gelüftet ist, an der Ausstellung nicht beteiligt, was hier und da auch zu der Frage geführt hat, wie authentisch sie ist. Dennoch, über 400.000 Menschen haben die Wanderausstellung laut Eigenwerbung in verschiedenen deutschen Städten bereits gesehen. Und nach eigener Anschauung kann ich nur hinzufügen, dass die zwei Stunden für den Ausstellungsbesuch einen umfassenden Einblick in die ihr zugrundeliegende antikapitalistische Haltung Banksys vermittelt, die sich gegen Gewalt, Unterdrückung, Krieg und Militär resp. Polizei richtet. Manches Graffiti, manche Installation haben sich mir dauerhaft eingeprägt. Auch wenn der Eintritt mit 20 Euro für Erwachsene reichlich bemessen ist. Mehr zur Ausstellung unter <https://mystery-banksy.com/>.

Etwas anders daher – wenn auch ebenfalls mit gesellschaftskritischem Akzent und ebenso sehenswert – kommt die Ausstellung **»Streik! Fotogeschichten von Arbeitskämpfen«** daher. Zu sehen ist sie im Rahmen der Triennale der Photographie noch wenige Tage im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3). Die Sozialfotografien erstrecken sich über einen Zeitraum von mehr

als 50 Jahren. Den thematischen Anfang machen dabei die Kämpfe gegen das Zechensterben und die Krise der Stahlindustrie ab den 1960er-Jahren, es gibt einen Schwerpunkt rund um die vielen »wilden« Streiks von Belegschaften mit einem erheblichen Anteil an »Gastarbeiter:innen« nach 1969, bebildert sind der große Bergarbeiterstreik in Großbritannien 1984, die Widerstandsaktionen von migrantischen Arbeitskräften »sans papier« in Frankreich Mitte der 1990er-Jahre und die Arbeitskämpfe südafrikanischer Kumpel 2012. Und nicht zuletzt seien auch die Fotos des Hamburger Fotografen Michael Meyborg von der HDW-Besetzung 1983 erwähnt. Weitere Infos unter <https://shmh.de/de/ausstellung-streik>. ♦



Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg